



20. Newsletter 02/2024 02.05.2024

Liebe LABEWO Vereinsmitglieder,

für ambulant betreute Wohngemeinschaften sind es derzeit wahrlich keine einfachen Zeiten. Am 1. Januar 2024 ist das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) in Kraft getreten und mit ihm die 2. Stufe der finanziellen Entlastung von Heimbewohner*innen. Doch leider erhalten die Bewohner*innen von WGs diese Entlastungsbeiträge nicht, mit bereits spürbaren Auswirkungen. Die enorme finanzielle Benachteiligung ist bei den WGs angekommen.

Im März hat nun Bundesgesundheitsminister Lauterbach ein Pflegekompetenzgesetz angekündigt – es steht also die nächste Reform der Pflegeversicherung ins Haus. Eine gute Gelegenheit auf die existenzgefährdende Situation der WGs aufmerksam zu machen und für die Beseitigung der finanziellen Benachteiligung von WG-Bewohner*innen zu kämpfen. In unserer heutigen Ausgabe lesen Sie die LABEWO-Pressemitteilung zum geplanten Pflegekompetenzgesetz und ebenso Ergebnisse aus einem Gespräch von Vorstandsmitgliedern mit dem Landesfachausschuss Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik der FDP. Als Beispiele, wie auf WG-Ebene aktuell politisch gearbeitet wird, berichten wir über die Aktivitäten von WOG e.V. in Freiburg, von der „Elefantenrunde“ im Rathaus in Uttenweiler zum Thema Benachteiligung ambulant betreuter Wohngemeinschaften und zum Besuch von MdB Heike Baehrens (SPD) und MdB Rita Schwarzelühr-Sutter (CDU) in Oberried. Im Newsletter erhalten Sie auch Informationen zur Verlängerung der Aktion Herzenswunsch und zur Tip-on-Aktion zur Gewinnung von Bürgerschaftlich Engagierten in Stuttgart sowie Veranstaltungshinweise. Zu guter Letzt finden Sie noch unseren Tipp zum Schluss, den Sie ab jetzt immer im Newsletter finden werden.

Viel Freude und gute Anregungen beim Lesen!

Pressemitteilung der LABEWO zum geplanten Pflegekompetenzgesetz

Nach Plänen des Bundesgesundheitsministers Dr. Karl Lauterbach soll im kommenden Sommer nicht nur das "Pflegekompetenzgesetz" verabschiedet, sondern darin auch, neben der ambulanten und stationären Pflege, eine sogenannte "Stambulante Versorgung" mit aufgenommen und gesetzlich geregelt werden.

Bereits vor Monaten hatte das BMG eine Gesetzesvorlage zu „innovativen Wohnformen“ in der Pflege in Aussicht gestellt. Insofern haben wir die Ankündigungen mit Spannung verfolgt. Nun liegen erste, grobe Eckpunkte des Pflegekompetenzgesetzes vor. Es soll Lösungen zwischen ambulanten und stationären Angeboten stärken, und zwar durch die Einführung einer sogenannten „Stambulanten Versorgung“. Stambulant – so unsere Einschätzung – ist eine Innovation in der Trägerlandschaft, leider bleiben auch hier ambulant betreute Wohngemeinschaften als Lebensformen sorgender Gemeinschaften erneut unberücksichtigt. Zivilgesellschaftlich mitverantwortete Formen der Sorge und Pflege werden weiterhin ignoriert. Pflege soll auch künftig rein dienstleistungsorientiert betrachtet werden.

Es ist uns wichtig, im Vorfeld der ersten, veröffentlichten Eckpunkte aktiv zu werden, um rechtzeitig Einfluss nehmen zu können.

Eine Pressemitteilung, die wir an Politiker:innen, Verbände und Betreiber von Wohngemeinschaften verschicken werden, können Sie am Ende des Beitrags herunterladen. Über die Teilnahme an (bundesweiten) Fachveranstaltungen versuchen wir, die nötige Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung herzustellen.

Wir halten Sie über den Newsletter über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden.

Die zu diesem Gesetzesvorhaben von der LABEWO veröffentlichte Pressemitteilung [„Stambulant“ – eine Innovation für die stationäre Pflege: Ambulant betreute Wohngemeinschaften nicht vergessen!](#) können Sie hier lesen und herunterladen.

Politischer Austausch mit der Landes FDP



Vlnr: Franz Josef Winterhalter, Lucia Eitenbichler und Beate Radzey vor dem Landtagsgebäude (Bild LABEWO)

Am Samstag, den 13.04.2024, war der LABEWO-Vorstand zu Gast im Landtag in Stuttgart. Pascal Kober, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied im FDP-Bundesvorstand, hatte zu einer Sitzung des Landesfachausschusses Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik eingeladen. Neben ca. 20 interessierten FDP-Mitgliedern aus ganz Baden-Württemberg war auch Jochen Haußmann, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, anwesend. Lucia Eitenbichler, Beate Radzey und Franz Josef Winterhalter, die den Vorstand der LABEWO vertreten, machten deutlich, dass es gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um den Herausforderungen der immer größer werdenden Versorgungslücke bei Pflegebedürftigkeit im Alter zu begegnen. Ambulant betreute Wohngemeinschaften, mit ihrem Prinzip der geteilten Verantwortung, stehen für die Zukunft einer neuen Sorge- und Pflegekultur, die die gemeinsame Verantwortung von Kommune, Pflegedienstleistern, Angehörigen und Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellt. Es entwickelte sich ein interessanter Austausch, bei dem aber auch ein hoher Informationsbedarf zu diesem Ansatz deutlich wurde. Die akute Gefährdung dieser zukunftsweisenden Wohnform durch die aktuellen politischen Rahmenbedingungen wurde ebenfalls diskutiert und dabei auf die Verantwortung der Bundespolitik hingewiesen. Pascal Kober zeigte sich offen und sagte zu, das Anliegen mit nach Berlin zu nehmen. Jochen Haußmann unterstrich die Bedeutung der Wahlfreiheit für die Pflegesuchenden und versprach Unterstützung bei den landespolitischen Themen wie z.B. der Novellierung des WTPG.

Politische Aktivitäten auf Praxisebene

WOG E.V. aus Freiburg adressiert Brief mit Forderungspapier der LABEWO an den Gesundheitsminister und Pflegepolitiker:innen im Deutschen Bundestag

WOG E.V. in Freiburg hat aufgrund der durch das GVWG und PUEG existenzgefährdenden Situation für ambulant betreute Wohngemeinschaften Ende März 2024 Briefe an Bundesgesundheitsminister Lauterbach, die pflegepolitischen Sprecher:innen der Fraktionen und die beiden Freiburger Bundestagsabgeordneten Chantal Kopf von Bündnis 90/Die Grünen und Claudia Raffelhüschen von der FDP gesendet.

In Folge der politischen Aktion im Frühjahr 2023 war im Mai 2023 die Bundestagsabgeordnete Chantal Kopf von Bündnis 90/Die Grünen zu Gast in der Wohngruppe der WOG E.V. In diesem Jahr hat WOG E.V. die FDP-Politikerin und für den Wahlkreis Freiburg im Bundestag vertretenden Claudia Raffelhüschen zu einem Besuch eingeladen.

In seinem Brief fordert WOG E.V. die Politiker:innen auf, als politisch Verantwortliche aktiv zu werden und dafür zu sorgen, dass der Gesetzgeber bei der Pflegeversicherung die Benachteiligung von Bewohner:innen von WGs aufhebt. Ansonsten sind deutschlandweit ca. 40.000 Plätze in ambulant betreuten Wohngemeinschaften und eine höchst beliebte und innovative Wohnform in akuter Gefahr.

[Weitere Informationen zur politischen Aktion von WOG E.V. erhalten Sie hier.](#)

„Elefantenrunde“ im Rathaus in Uttenweiler zum Thema Benachteiligung ambulant betreuter Wohngemeinschaften

Uttenweilers Bürgermeister Werner Binder und Mitglieder der Bürgergemeinschaft Schlosshof sprachen am 05. April 2024 mit Thomas Dörflinger MdL, Josef Rief MdB, Martin Gerster MdB und Frau Dr. Anja Reinhalter über die Benachteiligung ambulanter Wohnformen durch das PUEG.

Die Veranstalter führten mit einem Vortrag in die Thematik für die ambulant betreute Wohngemeinschaft ein und zeigten dann konkret durch eine Gegenüberstellung mit einer vergleichbaren stationären Einrichtung im Kreis Biberach die Benachteiligung der ambulanten Wohnform über die Jahre auf, die schon in kurzer Zeit zu einem deutlichen Wettbewerbsnachteil der ambulanten Wohnform führt.

Ergebnis der sich anschließenden Diskussion war: die Existenz der ambulanten Wohnformen, die insbesondere auf dem Land für ein Alt-Werden-Können in gewohnter Umgebung

Sorge tragen, darf nicht an einer ungleichen Förderung scheitern. Für die ambulanten Wohnformen muss es wie in den stationären Einrichtungen ebenfalls einen prozentualen Zuschuss geben, der sich an der Verweildauer in der Wohngemeinschaft und an den Pflegekosten orientiert. Ferner muss die Verweildauer in einer ambulanten Wohnform beim Wechsel in eine stationäre Einrichtung angerechnet werden, um eine Ungleichbehandlung zu vermeiden. Die Politiker wollen sich parteiübergreifend dafür im Parlament einsetzen und die Problematik in ihren jeweiligen Parteien thematisieren.

Besuch der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens in Oberried

Auf Vermittlung von Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, SPD, besuchte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens am 06.02.2024 den Ursulinenhof, um sich über die Situation der Pflege-WGs zu informieren. Beide betonten die Bedeutung neuer Wohnformen für die Zukunft der Versorgung älterer Menschen und waren beeindruckt über das Modell Ursulinenhof. Die Verantwortlichen der Bürgergemeinschaft wiesen im Gespräch auf die Gefährdung der Pflege-WGs durch die aktuelle Bundesgesetzgebung hin. Angehörige der Bewohner im Ursulinenhof äußerten Unverständnis über die belastende Benachteiligung ihrer Familienangehörigen in puncto Eigenanteile in der WG. Pflege-WGs dürften schließlich nicht zum Luxusangebot für Wohlhabende werden.

Marco Kuhn-Schönbeck, Mitglied im Vorstand der LABEWO und Geschäftsführer des Seniorenzentrums St. Raphael in Titisee-Neustadt, betonte, dass in der schwierigen Situation knapper Angebote alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen und Wohngemeinschaften dabei eine wichtige Rolle spielen. Kleinteilig und wohnortnah realisierbar haben WGs ein Riesenpotential, bestehende Versorgungsstrukturen zu ergänzen und diese zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Auch Thorsten Culmsee, Sozialdezernent des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, unterstrich die Bedeutung der Pflege-WGs. Diese seien ein unverzichtbarer Baustein, um dem demografischen Wandel und dem Pflegenotstand gerade im ländlichen Raum zu begegnen, indem Pflege als gemeinschaftliche Sorgaufgabe einer Dorfgesellschaft verstanden und auf Basis dieses Verständnisses im Rahmen von Pflege-WGs auch vor Ort ermöglicht und gelebt wird.

Die Anwesenden baten Heike Baehrens und Rita Schwarzelühr-Sutter eindringlich darum, sich für die Sicherung der ambulant betreuten Wohngemeinschaften einzusetzen – die aktuelle bundespolitische Gesetzgebung im Pflegebereich hat die Benachteiligung der Bewohner in Pflege-WGs erst geschaffen. Die gleichzeitigen Verbesserungen im ambulanten Bereich gleichen diesen Missstand bei weitem nicht aus. Der Fortbestand der Wohngemeinschaften bleibt akut gefährdet.

[Weitere Informationen zum Ursulinenhof und der Bürgergemeinschaft Oberried gibt es hier.](#)

Veranstaltungen und Seminare

«Zukunft Demenz. Perspektiven für eine älter werdende Gesellschaft»

am: 03. – 05. Mai 2024 in der Evangelischen Akademie in Tutzing



© Peter Gaymann

Wie kann ein gutes Leben mit Demenz gelingen?

Demenz ist ein vielschichtiges Phänomen. In der Tagung nähern wir uns ihm an: medizinisch, anthropologisch, gerontopsychiatrisch, kultur- und literaturwissenschaftlich.

Die Veranstaltung wird von Prof. Dr. Thomas Klie gemeinsam mit seinen beiden Kollegen Peter Gaymann und Josef Brustmann als Demenschtrio mitgestaltet.

[Weitere Infos & Anmeldung gibt es hier.](#)

Veranstaltungen der Alzheimer-Gesellschaft Baden-Württemberg

[15. Mai 2024 ,18:00 Uhr: Mit Demenz leben – Monatliche Vortragsreihe in Stuttgart](#)

Weit(er) weg – und trotzdem nah: So gelingt Betreuung und Pflege aus der Ferne

Referentin: Anette Zanker-Belz, Geragogin, Musikgeragogin und Pflegeberaterin, Heilbronn

Bitte beachten Sie: Diese Veranstaltung findet ausschließlich online statt!

[17. Juli 2024 ,18:00 Uhr: Mit Demenz leben – Monatliche Vortragsreihe in Stuttgart](#)

Demenz und Traumata – Herausforderndes Verhalten verstehen | Referentin: Sabine Tschainer-Zangl, Dipl.-Theologin und Dipl.-Psycho-Gerontologin, München **Bitte beachten Sie: Diese Veranstaltung findet ausschließlich online statt!**



Aktion Herzenswunsch: Einsendeschluss der Videobotschaften bis 31. Mai 2024 verlängert

Herzenswunsch 2024: Demenz Support macht Seniorenträume wahr Einsendefrist bis 31.05.2024 verlängert!

Dieses Jahr haben drei Teilnehmende die Chance, ihren Herzenswunsch erfüllt zu bekommen. Eine unabhängige Jury wird die Gewinner:innen ernennen.

Der Einsendeschluss für die Videobeiträge ist bis zum 31.05.2024 verlängert worden.

[Weitere Informationen zur Aktion Herzenswunsch 2024 erhalten Sie hier.](#)

Tip-on-Aktion: Gewinnung von Bürgerschaftlich Engagierten in Stuttgart



Um alternative Versorgungsmöglichkeiten für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf anbieten zu können, wird das Angebot an ambulant betreuten Pflege-WGs in Stuttgart bis 2030 deutlich ausgebaut werden. Begleitend wird ein Pool bürgerschaftlich Engagierter aufgebaut, so dass die Pflege-WGs durch Engagement aus der Nachbarschaft unterstützt werden.

Mitte Januar 2024 erfolgte der Auftakt für die Gewinnung bürgerschaftlich Engagierter durch eine Tip-on-Card auf der Stuttgarter Zeitung – ein auf der Vorderseite der Zeitung angebrachter entsprechender Flyer in Postkartengröße. In der Folge haben sich knapp 40 Personen mit Interesse am Engagement, aber auch an der Versorgungsform Pflege-WG, gemeldet. Zur ersten Informationsveranstaltung im Februar 2024 kamen 15 Interessierte. Bei zusätzlichen Kennenlern-Nachmittagen konnten die Interessierten Einblick in drei Pflege-WGs erhalten.

Anfang April 2024 wurden die potenziell Engagierten über die konkreten Einsatzmöglichkeiten informiert und erhielten einen fachlichen Input zum Thema Demenz.

Der konkrete Einsatz in den Pflege-WGs kann nun geplant werden und wird durch Schulungen der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement beim Sozialamt und Austauschtreffen für die Engagierten begleitet. Ein Budget für Aktivitäten wird zur Verfügung gestellt. Tatsächlich entstehende Aufwendungen wie Fahrtkosten werden den Engagierten erstattet.

Interessierte können Kontakt aufnehmen über E-Mail: Poststelle.50-42BE@stuttgart.de oder unter Telefon: 0711 216-59158.

Unser Tipp zum Schluss

Zweite Ausschreibungsrunde für Förderprogramm „Quartiersimpulse“ beginnt im Frühsommer

Das Förderprogramm „Quartiersimpulse“ der Allianz für Beteiligung und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration ist Teil der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten“. Es richtet sich an Städte, Gemeinden und Landkreise, die in Baden-Württemberg mit Maßnahmen der Bürgerbeteiligung Projekte zur alters- und generationengerechten Entwicklung von Quartieren, Stadtteilen und Ortschaften durchführen möchten.

Quartiersprojekte können einen einmaligen Zuschuss in folgendem Umfang erhalten:

- Pro Quartier für Städte und Gemeinden: 20.000 bis 85.000 €.
- Pro Antrag für kommunale Verbände: 40.000 bis 115.000 €.
- Pro Antrag für Landkreise in Kooperation mit mind. einer kreisangehörigen Stadt/Gemeinde: 40.000 bis 115.000 €.

Die Fördervoraussetzungen entnehmen Sie bitte hier der **[Programmausschreibung](#)**.

Termine für Antragsgespräche

Die zweite Ausschreibungsrunde für das Jahr 2024 beginnt im Frühsommer. Die Antragsgespräche werden im Zeitraum 17. Juni bis 31. Juli 2024 stattfinden. Einsendeschluss der Antragsunterlagen ist der 9. August 2024 und der Projektstart ist frühestens der 1. September 2024.

[Weitere Informationen zum Förderprogramm und allen Modalitäten erhalten Sie hier.](#)

Wir verabschieden uns bis zum nächsten Newsletter, den Sie Anfang August erwarten dürfen. Bleiben Sie zuversichtlich – Ihre LABEWO e.V. setzt sich für WGs ein, gerade jetzt, in diesen bewegten Zeiten.

Impressum

Landesarbeitsgemeinschaft ambulant betreuter Wohngemeinschaften Baden-Württemberg e.V.

LABEWO

V.i.S.d.P. Gabriele Beck und Clemens Wochner-Luikh, geschäftsführender Vorstand

Gänsheidestraße 49, 70184 Stuttgart, **E-Mail:** mail@labewo.de. **Homepage:** www.labewo.de

Redaktion: Christina Kuhn, Anne Helmer, Linda Westwood.